

Polizeigewerkschaft fordert nach Linz-Angriff sofortige Neueinstellungen

Nach dem macheten Angriff in Linz fordert die Polizeigewerkschaft in RLP mehr Personal. Die Gefahr durch islamistisch motivierte Täter nimmt zu.

Ein erschreckender Vorfall hat in der Nacht auf Freitag in Linz für Schlagzeilen gesorgt. Ein 29-jähriger Mann, mutmaßlich islamistisch motiviert und bewaffnet mit einer Machete und einem Messer, betrat eine Polizeiwache und drohte den Beamten mit dem Tod. Glücklicherweise konnte der Mann in einer Sicherheitsschleuse gefasst und von Spezialkräften überwältigt werden, ohne dass jemand verletzt wurde. Dieser Vorfall hat die Sorgen um die Sicherheit der Polizeibeamten erneut in den Vordergrund gerückt.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Rheinland-Pfalz reagierte schnell auf diesen Angriff und setzt sich dringend für mehr Personaleinstellungen ein. Die Landesvorsitzende Stefanie Loth äußerte sich besorgt über die „zunehmende Gefahr“ durch islamistisch motivierte Täter und forderte eine Erhöhung der Neueinstellungen auf mindestens 500 Polizisten pro Jahr im kommenden Doppelhaushalt. Sie betonte, dass diese Maßnahmen notwendig seien, um den Herausforderungen, die neue Aufgaben mit sich bringen, gerecht zu werden.

Mehr Personal notwendig

In der aktuellen Situation stellt sich die Frage, wie die Polizei auf ansteigende Bedrohungen reagieren kann. Laut Loth lag die Zahl der jährlichen Neueinstellungen bisher bei etwa 450, was

nicht ausreiche, um den Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. Neben den Neueinstellungen verlangt die GdP auch die Schaffung von 75 Arbeitsplätzen für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte jährlich. Diese Stellen seien entscheidend, um die Polizeiarbeit modern zu gestalten und effizienter zu machen.

„Neue Aufgaben erfordern neue Dinge“, betonte Loth und verwies auf die veränderte Sicherheitslage nach den Anschlägen in München und Linz. Die Polizei müsse besser ausgestattet werden, um schneller und effektiver auf solche Vorfälle reagieren zu können. Die Forderungen der GdP sind eine direkte Reaktion auf die Einschätzung, dass die Bedrohung durch islamistischen Extremismus in den letzten Jahren zugenommen hat und die Polizei mehr Personal braucht, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Die Forderung nach erhöhter Sicherheit für Polizeidienststellen wird ebenfalls laut. Es wird gefordert, die Dienststellen so gut wie möglich abzusichern, unabhängig von finanziellen oder baulichen Hindernissen. Loth äußerte sich erleichtert, dass bei dem Angriff in Linz keine Polizisten verletzt wurden. Die Absicherung der Dienststellen ist ein zentraler Punkt, um die Sicherheit der Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten.

Laut der GdP sind sie mit rund 10.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte im Land. Ihre Stimme wird in der aktuellen Situation immer dringlicher, da die Bedrohungslage nicht nur in Linz, sondern in vielen Städten in Deutschland einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Gewerkschaft fordert, dass Sicherheit nicht nur ein leeres Versprechen bleibt, sondern durch konkrete Maßnahmen untermauert wird.

Der Angriff in Linz hat nicht nur lokale, sondern auch überregionale Bedeutung und wirft ein Schlaglicht auf die aktuellen Herausforderungen, mit denen die Polizei konfrontiert

ist. Die Forderungen nach mehr Personal und besseren Sicherheitsvorkehrungen sind eine Reaktion auf die veränderte Sicherheitslandschaft, die ernst genommen werden muss.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)